

welt er auf einen Empfang in der Reichskanzlei verzichtet und lieber gleich bei Hindenburg seine Beschwerde vorgetragen habe. Aber spiegelt sich hierin nicht der ganze Vertrauensverlust wider, den die Regierung durch ihre nicht eingelösten Versprechungen nun wohl oder übel zu tragen hat? Ein erschütterndes Zeichen für die wankende Stellung fast aller politisch bedeutsamen Minister des Kumpffkabinetts und dafür, daß die Regierung endgültig am Ende ist. Sie hat den letzten Rest von Autorität verloren, der für irgendwelche positiven Taten erforderlich ist. In dieser Lage wäre es unbedingt notwendig, daß noch vor Lausanne durch Einberufung des Reichstags endgültige Klarheit geschaffen wird, welche Minister noch das Vertrauen des Parlaments genießen, und ob die Reichsregierungsvertreter bereit sind, auch die letzte Notverordnung und den gegenwärtigen Schwerezustand, in dem sich das Kumpffkabinett befindet, zu billigen. Statt dessen ist der Reichstag, entgegen den klaren Verfassungsbestimmungen, immer noch mitten in seiner Sitzungsperiode durch Vöbe auf unbestimmte Zeit verlagert worden. Die Angelegenheit blieb vor der willkommene Anlaß für die Linke, sich um unangenehme Abstimmungen, bei denen es gar keine Befehle heißt, herumzudrücken. Verfassungsmäßig müßte der Reichstag einberufen werden, wenn ein Drittel der Abgeordneten es verlangt. Vöbe hat früher diese Forderungen abgelehnt mit der Begründung, sie hätten nur Geltung, wenn der Reichstag sich nicht bis zu einem bestimmten Termin verlagert hätte. Diesmal ist der Reichstag aber willkürlich mitten in der Sitzungsperiode auf unbestimmte Zeit verlagert worden. Also gilt die frühere Entscheidung nicht. Aber Vöbe hat, obwohl dieser Auffassung Urteile des Staatsgerichtshofes für gleichlautende Fälle aus dem Preussischen Landtag entgegenstehen, eine neue Ausrede bereit. Er erklärt, die Verfassungsbestimmung komme deshalb nicht in Frage, weil nicht die Sitzungsperiode verlagert, sondern nur die Sitzungen auf spätere Zeit unterbrochen seien. Gegen diese Winkelzüge, die nur eine klare Entscheidung über das von der offenen Krise hart betroffene Kabinett verhindern sollen, könnte die Rechte in den Staatsgerichtshof anrufen.

Aber die ein Urteil ergibt, ist die Notverordnung längst in Kraft getreten, und es ist weiterhin für die Bereinigung der innerpolitischen Atmosphäre mit Rücksicht auf Lausanne zu spät geworden. Es wäre deshalb erforderlich, daß auch die Gruppen der sogenannten Halbrechten sich dem Verlangen der Opposition auf Einberufung des Reichstages anschließen, damit eine klare Mehrheit gegen Vöbes Verlangensartikel geschaffen wird. Denn die offene Kabinettskrise und die neue Notverordnung verlangen gebieterisch eine Klärung. Namentlich in der letzteren Frage darf das deutsche Volk erwarten, daß die Parteien ein klares Bekenntnis für oder gegen die Steuerpolitik der Regierung abgeben, anstatt sich um die Verantwortung zu drücken. Es muß auch endlich einmal die Frage geklärt werden, ob das Parlament sein oberstes Recht, der Haushaltsberatung, noch ausüben gemittelt ist oder nicht. Schon werden im Regierungslager Stimmen laut, die Verlegenheitsvertragung bis Juli oder August auszuweiten, um Abstimmungen über den Haushalt zu vermeiden. Unterdessen will das Zentrum in Preußen eine klare Entscheidung mit Rücksicht auf das Reichskabinett verschleppen, während man umgekehrt im Reich die Klärung der Preußenfrage abgewartet werden soll. Fühnlicher wäre die Sozialdemokratie, der das Zentrum seine Hauptposition in Preußen rettet und außerdem Verlegenheiten im Reichstag erparat. Daran hat aber die nationale Mehrheit in Deutschland kein Interesse!

Auch von außenpolitischen Gesichtspunkt aus ist eine Fortschleppung des gegenwärtigen Schwerezustandes unverantwortlich. Die englische und die französische Presse spricht unverhohlen von der Krise unserer Regierung und unserer Verfassungsleben. Glaubte Brining, daß er unter solchen Umständen genügend Autorität für Lausanne besitzt? Die letzten Reueberungen des Auslands lassen das Gegenteil erkennen. Offen spricht die „Daily Mail“ von der Krankheit der Unelastizität, die das Leben in Deutschland verfallt. Es ist wahrhaftig hohe Zeit, daß dieser bedenkliche Eindruck durch radikale Beseitigung des innerpolitischen Krisenzustandes beseitigt wird. Unser Ansehen kann nur noch eine Reichsregierung retten, zu der alle nationalen Kreise unseres Volkes sich freudig bekennen.

Reichsregierung wünscht längere Reichstagspause

Berlin, 26. Mai. Bei der vom Reichstagspräsidenten Vöbe für kommenden Dienstag nachmittag einberufenen Sitzung des Reichstages handelt es sich um die Sitzung, die bei der Vertagung des Reichstages von diesem zur Entscheidung über den Termin des Wiederzusammentretens des Parlaments in Aussicht genommen war. Der Reichstag hat dabei den Wunsch ausgesprochen, am 6. Juni wieder zusammenzutreten. Präsident Vöbe wird in der Reichstagsratung am Dienstag diesen Wunsch vertreten. Ob es aber tatsächlich zur Einberufung des Reichstages für den 6. Juni kommt, hängt von dem weiteren Verlauf der Beratungen des Kabinetts über den Etat und die dringende Notverordnung, insbesondere von der Zustimmung in Aussicht genommenen Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler ab.

Schon jetzt meint man in Kreisen der Reichsregierung an dem Wunsche, die Pause in den Reichstagsverhandlungen zu verlängern.

Ein Vorschlag in dieser Richtung ist jedoch von amtlicher Seite noch nicht gemacht worden. Ferner wird sich der Reichskanzler am Dienstag mit der Frage um beschäftigen, ob auch bei einer bloßen Vertagung des Parlaments die in der Verfassung erwähnte Möglichkeit das Recht zur vorzeitigen Einberufung des Reichstages haben soll. Für den Preussischen Landtag ist dieses Recht der Widerberufung durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes festgesetzt worden. Präsident Vöbe hat den Wortlaut dieses Urteils vervielfältigt und den Mitgliedern des Reichstages als Grundlage für die Beratungen am Dienstag zugehen lassen.

Schlageters neuer Todesstag

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Mai. Am heutigen 26. Mai ist sich zum neunten Male der Jahrestag der Ermordung Schlageters durch die Franzosen. Aus diesem Anlaß wurde am Schlageter-Denkmal in der Nähe Döberitz eine große Reihe von Kranz niedergelegt, darunter solche des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, der Reichsregierung, des Kaisers Wilhelm sowie der Vaterländischen Verbände, der Studentenverbände usw. Mit Rücksicht auf das noch bestehende Demonstrationsverbot mußte von der zunächst geplanten Feier in größerem Rahmen abgesehen werden.

Der Ausschuss für die Errichtung eines Schlageter-Denkmal nimmt den neunzehnten Todesstag Albert Voss Schlageters zum Anlaß einer Mitteilung an die Öffentlichkeit, in der es heißt:

Am 26. Mai ist sich zum neunten Male der Tag, an dem Albert Voss Schlageter in der Wolgastener Bucht von den Franzosen widerrechtlich erschossen wurde. Schlagetta ist ein Jahr vergangen seit der feierlichen Einweihung des Schlageter-Denkmal, das von deutschen Männern und Frauen Schlageter und mit ihm allen Helden des Kampfes an seiner Todesstätte errichtet wurde. Der Ausschuss für die Errichtung eines Schlageter-Denkmal, dem nach der Fertigstellung des Denkmal die Betreuung der Denkmalspflege obliegt, hat im Zusammenhang mit dem bestehenden Demonstrationsverbot davon Abstand genommen, den doppelten Gedenktag in einer großen Feier zu begehen. Er hat sich darauf beschränkt, die Denkmalsgruft in schlichter und würdiger Weise auszumalen.

Die Zeugenvernehmung im Devahelm-Prozess

Berlin, 26. Mai. In der heutigen Devahelm-Verhandlung wurde der Geschäftsführer der Evangelischen Versicherungszentrale, Schloß, als Zeuge vernommen, nach dessen Aussage Viktor Cremer ein Jahresgehalt von 6000 RM. hatte, dazu eine Aufwandsentschädigung von 4000 RM. und ein Reisekostenlimit von 6000 RM. sowie aus den Fonds anderer Gesellschaften 10 700 RM., wozu noch Autospenden und die Anschaffungskosten für zwei Automobile im Betrage von zusammen 60 000 RM. kamen.

Im weiteren Verlauf des Devahelmprozesses wurde der Geschäftsführer der Diskasse, Dr. Eißberg, der später in der Bankfirma Rambaum & Co. tätig war, vernommen. Er erhielt ein monatliches Gehalt von 2000 RM. von der Diskasse. Bei der Trennung des Bankgeschäftes von der Diskasse erhielt er eine Abfindung von mehreren Monatsgehältern, außerdem übernahm die Diskasse seinen Debitaldo bei der Bankfirma mit 140 000 RM. Der Staatsanwalt erklärt dazu, daß es sich hier

um eine kri kaufmännische Rechnung handle, bei der man nicht mehr mitkommen könne.

Der Angeklagte Flarrer Cremer erklärte auf die Frage, an welchem Zwecke er einen sechs- oder siebenköpfigen Wagen für die Fahrt von Potsdam nach Berlin benötigen müsse, die er auch im gutgeheizten Stadtbahwagen zurücklegen könne, der große Wagen sei ihm selbst als ein gewisser Luxus erschienen, und deshalb habe er sich auch einen kleinen Wagen gekauft. Der Zeuge Dr. Eißberg hielt die Anschaffung eines Wagens für Flarrer Cremer berechtigt, da dieser eine außerordentliche Arbeit geleistet habe. Von der Beibehaltung des Wagens wurde Abstand genommen. Unter Eid wurde sodann der Präsident des Zentralausschusses für Innere Mission, der 73jährige Universitätsprofessor Geh. Rat C e e r a (Berlin) vernommen, der erst 1928 und 1929 Kenntnis von den Devahelkonten erhielt, und zwar, weil verschiedene Verbindlichkeiten gegen Flarrer Cremer ausgedrückt wurden. Die Klagen kamen von so vielen Seiten, daß der Zeuge selbst die Verfolgung über die Gehelkonten übernahm. Wegen der Anschaffung eines Dienstautos würde der Zeuge — wie er erklärte — wahrscheinlich keinen Einspruch erhoben haben.

Staatsanwalt: Auch wenn Sie gewußt hätten, daß durch 60 000 RM. Spesen entstanden? Zeuge: Das ist allerdings eine ganz andere Sache. (Große Gelächter.)

Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vorfristig vertagt.

Glückliche Fallschirmrettung

Wiesbaden, 26. Mai. Am Donnerstag unternahm der Pilot Paeh (Plauen) von der Akademischen Fliegergruppe nach dem Abschleppen der Maschine „Cumulus“ einen Segelflugaufstieg über Wiesbaden getreut hatte, wurde es plötzlich auf 2000 Meter hochgetrieben und kam ins Trudeln. Hierbei fiel der Pilot auf dem Fingerring. Er konnte jedoch mit Hilfe des Fallschirms unverletzt in der Nähe landen. Auch das Flugzeug kam unbeschädigt zu Boden. Mit der Maschine „Cumulus“ war in der vergangenen Woche der Pilot Riedel von der Wassertruppe nach Plauen l. V. geflogen.

Die „Do. X.“-Besetzung am Grabe Hünefeld

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Mai. Die Besetzung des „Do. X.“ begann sich am Donnerstag nach dem Stenographen-Gemeindebesuch von Kapitän Christensen am Grabe des Freiherren von Hünefeld einen Vorbeerkranz mit der Widmung „Ihrem Kameraden Freiherrn von Hünefeld in ehrendem Gedächtnis seiner großen Pioniertat“ niederlegte.

Interessante Kapitel des neuen Etats

Jugendförderung - Luftschub - Fremdenverkehr

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Mai. Dem Reichstag sind weitere Einzelhaushalte zur Beratung angeleitet worden. Mit besonderem Interesse entnimmt man so dem Haushalt des Reichs für den Winter und für das Jahr 1932 auf 2 157 100 Mark besetzt werden. Das sind noch rund 152 000 Mark mehr als Deutschland im Vorjahre für den Winter und im Vorjahre für diesen großen Ausgaben für eine Institution, deren Wirken sich bisher für Deutschland als überaus fragwürdig erwiesen hat, haben die harten Härten, die an wertvollen Staatsmitteln vorgenommen worden sind. So hat man die Mittel für die studentische Wirtschaftshilfe in Dresden um eine glatte halbe Million Mark gekürzt. Weiter sind die im Etat des Reichsinnenministeriums befindlichen Erziehungsbeihilfen um 300 000 Mark gekürzt worden. Der Titel Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke hat einen Abbruch um 130 000 Mark erfahren, der Titel Förderung der Theaterkultur um 50 000 Mark. Die Mittel für die Deutsche Gewerkschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung sind um 340 000 Mark vermindert worden, und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften weist einen um 200 000 Mark verminderten Etat auf.

Neu eingestellt in den Etat des Innenministeriums hat man einen Betrag von 1,5 Millionen Mark zur Unterstützung und geistigen Erziehung der Jugend.

In der Begründung dazu heißt es: Als Folge der ungewöhnlich großen Arbeitslosigkeit ist eine wachsende Verwahrlosung der Jugend eingetreten. Es sind Maßnahmen erforderlich, um durch Erziehung der Jugend dieser für den Staat bedrohlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten und dadurch die Voraussetzungen für eine gesunde geistige Einbildung der Jugend zu Volk und Staat zu sichern.

Ein weiterer neuer Titel, den man begrüßen kann, ist die Summe von 300 000 Mark im Etat des Innenministeriums für Vorbereitungsmaßnahmen

zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen Gefahren aus der Luft.

Die Begründung sagt, daß die Vorbereitung eines Luftschutzes in fast allen Ländern der Welt in Angriff genommen worden ist. In Deutschland seien bei seiner geographischen und wehrpolitischen Lage derartige Maßnahmen von ganz besonderer Wichtigkeit und Notwendigkeit. Die erforderlichen Maßnahmen erstrecken sich in der Hauptsache auf die Einrichtung eines Flug-, Beobachtungs- und Warnsystems, die Entwicklung von Alarm- und Alarmmitteln, die Schaffung eines für die Bevölkerung geeigneten billigen Gas-Schutzapparates und auf den Schutz von Bäumen und Verkehrsanlagen. Weniger verständlich erscheint es schon, daß im Etat des Innenministeriums

für Maßnahmen zum Schutze der Republik und für die Verfassungsfelder der Reichsregierung 157 600 M. angefordert werden.

Auch die Begründung, daß dieser Betrag im Hinblick auf die innerpolitische Lage notwendig sei, vermag nicht recht einzuwirken. Von Interesse ist auch der Verzehretat für das Jahr 1932, in dem zunächst darauf hingewiesen wird, daß es trotz des Urteils des Staatsgerichtshofes bisher nicht möglich gewesen sei, eine reichseigene Behördenorganisation für die Wasserstraßenverwaltung ins Leben zu rufen, da die notwendigen Vorbereitungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Infolgedessen sind die Ausgaben der Reichswasserstraßenverwaltung wieder in derselben Höhe wie im Vorjahre in den Etat eingestellt. Für allgemeine Haushaltsausgaben

fordert der Verzehretat 63,5 Mill. Mark gegen 57 Mill. Mark im Jahre 1931 an. Im außerordentlichen Haushaltsplan u. a. vorgesehen für die Vollendung des Mittelstandkanals 12, für den Bau eines Staubeckens an der Gläber Reihe bei Dittmannau 7,5 Mill. Mark.

Neu ist in den Verzehretat eingestellt worden ein Betrag für die Fremdenverkehrsförderung.

Hier wird darauf hingewiesen, daß die Regierungen anderer Länder mit erheblichen Mitteln in ihre mit stichtlichen Erfolge arbeitende Fremdenverkehrsförderung eingesetzt seien. — Der Beitrag zur wirtschaftlichen Förderung der deutschen Luftfahrtindustrie ist von 7 auf 11 Mill. Mark erhöht worden. Zur Förderung des öffentlichen Luftverkehrs durch die Deutsche Luftpost werden 17,5 Mill. Mark angefordert. Für das Segelflugwesen werden 345 000 M. angefordert. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß das Segelflugwesen wertvolle Unterlagen für die Luftfahrtforschung biete und der billige Weg sei, um der Jugend die Betätigung in der Luftfahrtpraxis zu ermöglichen.

Das Zentrum zum Landtagsstrawall

Berlin, 26. Mai. In preussischen parlamentarischen Kreisen außerhalb der Mittelparteien hat der schwere Zusammenstoß in der Mittwoch-Sitzung große Erregung ausgelöst. Wie das Nachrichten-Büro des ZDZ. hört, ist besonders in Zentrumskreisen die Meinung verbreitet, daß solche Vorfälle für die Zukunft unbedingt vermieden werden müßten, falls eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten als möglich angesehen werden solle. Es ist anzunehmen, daß der Sprecher des Zentrums diese Auffassung in der Reichstagsratung mitteilt hat, die nach den Tumulten stattfand. Auch dürfte damit zu rechnen sein, daß solchen Zusicherungen in dieser Hinsicht nicht geachtet werden, daß Zentrum nicht ohne weiteres geneigt ist, bei den endgültigen Präsidentenwahlen in vier Wochen seine Stimmen abermals für den nationalsozialistischen Präsidenten Kerri abzugeben.

Für die juristischen Folgen besteht bisher ein praktischer Präzedenzfall noch nicht. Da man aber glaubt, leider mit weiteren scharfen Auseinandersetzungen dieser Art rechnen zu müssen, sind, wie das Nachrichten-Büro des ZDZ. weiter hört, die Juristen der maßgebenden Stellen damit beschäftigt, Karzulegen, inwieweit der Präzedenzfall für die Schäden etwa verantwortlich gemacht werden könnte. Der Landtag selbst, rein materiell betrachtet, einen Bestandteil des Staatshaushaltsplan. Daraus könnte sich ergeben, daß Mitglieder des Hauses, die ohne ihr Verschulden bei Schlagereien der Abgeordneten verletzt werden, zivilrechtlich gegen den Präzedenzfall vorgehen könnten, wobei noch die Frage offen ist, ob nicht auch das Tumultschadengesetz in diesem Falle anwendbar wäre. Der Sachschaden, der aus der Prügelei vom Mittwoch entstand, ist, wie sich nachträglich herausstellte, nicht sehr bedeutend. Es hat sich ergeben, daß die schweren Stöße auf der Ministerbank, die bereits lange vor dem Krüge angebracht wurden, zum größten Teil auch den Anforderungen gewachsen waren, die die Abgeordneten am Mittwoch an sie stellten. Man konnte die Sessel zwar von der Regierungsbank in die Reihen der Abgeordneten hinunterstülpern, konnte sie aber hierdurch allein nicht hindern. Nur wo mit Gewalt und offensichtlich enormer Kraftanstrengung Stuhlweine herausgerissen wurden, die als Schlagwaffe dienen sollten, sind Sachschäden erfolgt, ebenso natürlich an der Polsterung und bei den zahlreichen kleineren Gegenständen wie Lampen usw., die man als Wurfgeschosse verwandte. Eine Anzahl von Abgeordneten stießen und ein Teil des Teppichbelags auf dem Fußboden bedarf einer gründlichen Reinigung, da man hier Blut- und Tintenflecke zu entfernen hat.

Die D.D. fordert Einspruch Sachlens gegen die kommende Notverordnung

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Sächsischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die wirtschaftliche Not lastet auf dem Grenzlande Sachlens ganz besonders schwer. Das kommt zahlenmäßig einwandfrei in der Erwerbslosenzahl zum Ausdruck, die um mehr als 60 % über dem Reichsdurchschnitt liegt. Bei dieser Sachlage bedeuten die von der bevorstehenden Notverordnung der Reichsregierung zu erwartenden neuen Steuererhöhungen eine weitere Verminderung der Kaufkraft und eine unersetzliche Belastung der durch Gehaltskürzungen und Einkommensrückgang bereits schwer geschädigten Bevölkerung wie der gesamten sächsischen Wirtschaft. Die sächsische Regierung hat sich wiederholt gegen diese verheerende Methode, die Finanzlage zu bessern, ausgesprochen. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, gegen die durch die bevorstehende Notverordnung der Reichsregierung drohende neue finanzielle Belastung weiterer Volkskreise Sachlens Einspruch zu erheben.

Nadolinj wieder in Genf

Genf, 26. Mai. Reichskanzler Nadolinj ist am Donnerstag nach Genf zurückgekehrt und hat die Führung der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz wieder übernommen. In deutschen Kreisen nimmt man an, daß der Hauptausdruck der Abrüstungskonferenz in der zweiten Juniwoch, also kurz vor der Lausanner Konferenz, die Verhandlungen wieder aufnehmen wird.

Nationalsozialistische Partei Rumäniens

Bukarest, 26. Mai. Unter der Führung des Senators Tearescu, der bisher der Regierungspartei angehörte, hat sich eine Nationalsozialistische Partei Rumäniens gebildet. Nach dem Programm der Partei gilt ihr Kampf sowohl dem Sozialismus wie dem Bolschewismus.

Die D.D. fordert Einspruch Sachlens gegen die kommende Notverordnung

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Sächsischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die wirtschaftliche Not lastet auf dem Grenzlande Sachlens ganz besonders schwer. Das kommt zahlenmäßig einwandfrei in der Erwerbslosenzahl zum Ausdruck, die um mehr als 60 % über dem Reichsdurchschnitt liegt. Bei dieser Sachlage bedeuten die von der bevorstehenden Notverordnung der Reichsregierung zu erwartenden neuen Steuererhöhungen eine weitere Verminderung der Kaufkraft und eine unersetzliche Belastung der durch Gehaltskürzungen und Einkommensrückgang bereits schwer geschädigten Bevölkerung wie der gesamten sächsischen Wirtschaft. Die sächsische Regierung hat sich wiederholt gegen diese verheerende Methode, die Finanzlage zu bessern, ausgesprochen. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, gegen die durch die bevorstehende Notverordnung der Reichsregierung drohende

Einige Menge, in welchem Teil, das ist die Folge, in einer Duce; guten Hand und ihm steht von 80 Millionen, der Sieger an Rom, in der Kontin, sondern in, fährt auf von ungen, Zuelundf, jeder von, gen durch, Motor zu, geziehen i, Streifen d, ihrer genu, die heute i, u f e r e, Abenteurer, allein ist, vieljährig, bindet dem, (dessen me, erinnert), C o u t i n, rarin, W, Ziel ist i, vor allem, den prächt, eine ganz, Deutschen, Filergerer, eine Wen, legung e, ihrselbst, ihres Här, und daß i, mer noch, Grünland, Viele, Luftwege, ll u g a r n, Pfenertob, die Masch, Moguar 1, übermunde, pfolekt; überste h, für das N, lieh es h, von der u, teilzunehm, Kranz für, gewesen

Den t, machender, wurde dar, diesem Au

„Wom“, Sum

„Er“, einmal, Vater gefe, Werken, d, Schweizer, Kaiserliche, Vater her, dem hegre, la vor der, der Auff, und die e, und von, verkehrten, Mai Goet, dienst für, ihren Bes, segelt zu, seiner Ju, dung lebe, für alles s, genug wa, bilden, wi

Der, Goethe m, zweiter G, die vortr, seine ante, tunf, talch, und in G, ging er a, dung auf, reich und, unversch, für Stuhl, wärmen d, Meile, die, Präfians, Jähr der, Hattenfch, überliehe, der gefob, Waters u

Nach s, Dienst sel, nicht der, Bedingung, lehte als, möglich, d, seiner Ri